



INSTYTUT PÓŁNOCNY

im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie



ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
W OLSZTYNIE

Johannisburger Zeitung

Geheim jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Von jedem der Johannisburger Zeitung allein 5 M. vierterjährl.
lich mit Ausgabe 1,50 M. mehr ohne Beitragsgeld. Beiträge
nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. — Beigaben sind 10 Pf.

Schriftleitung: Geschäftsstelle: Johannisburg Ostpre.,
St. Johannisstr. 10. — Faksimile Nr. 11.

Druck und Verlag: Johannisburger Zeitung G. m. b. H.

Parteiloses
Publications-Organ



für den
Kreis Johannisburg.

Beilage: Johannisburger Kreisblatt
wöchentlich 1 mal.

Unterstützt durch die Tageszeitungen der Kreisstadt. Kosten 10 Pf.
Wer getötete Kämpfer, welche die Stadt, welche die Kreisstadt ist? Wer getötete
Kämpfer, welche die Stadt, welche die Kreisstadt ist? Wer getötete
Kämpfer, welche die Stadt, welche die Kreisstadt ist? Wer getötete
Kämpfer, welche die Stadt, welche die Kreisstadt ist?

Telegramm-Kürzel: Johannisburger Zeitung
Bottschardtstraße 20/21 Königsberg I. Pr.

Verantw. Redakteur: Gottlieb Bauer, Johannisburg

Nr. 73.

Sonnabend, den 26. Juni 1920.

Jahrg. 1920.

Neueste Nachrichten.

Der neue Reichstagspräsident.

Berlin. (S. 3.) Die Sozialdemokratie wird es, wie es heißt, ablehnen, den Präsidenten des Reichstages zu stellen, obwohl sie als die stärkste Partei dafür in Betracht käme. Dagegen schreibt die Germania, daß auch beim Zentrum, das schon in hervorragendem Maße an der Regierungsbildung beteiligt ist, wenig Neigung bestünde, den Präsidentenposten des Reichstages zu belegen. Das Zentrum werde sich mit einer Abstimmung befassen und den anderen Parteien den Posten des Präsidenten überlassen.

Mehrheitssozialist Löbe Reichstagspräsident?

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 23. Juni einstimmig beschlossen, ihre Ansprüche als stärkste Fraktion auf den Platz des Reichstagspräsidenten dringend zu erheben und für diesen den bisherigen Vizepräsidenten der Nationalversammlung, Löbe, vorzuschlagen. Außerdem sollen noch vier Vizepräsidenten gewählt werden und zwar je ein Mitglied der Unabhängigen, des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei. Diese Parteien haben aber noch keine Kandidaten nominiert.

Kommunistische Putschabsichten?

Berlin. (S. 3.) Eine geheime Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands unter Boris Klara Zettlins und unter Teilnahme des Vertreters Sowjetrusslands in Berlin soll hier stattgefunden haben. Rechtsehrende Blätter berichten, es sei die Frage des Generalstreiks am 25. Juni, am Tage nach der Eröffnung des Parlaments, sowie die Bewaffnung der Arbeiterschaft besprochen worden.

Blutige Zusammenstöße im Reich.

Die Nachrichten über Demonstrationstrawalle im Reich mehren sich ganz auffällig. Es liegt Organisation darin, wie in verschiedenen Teilen des Reiches Unruhen auszuläufen, die oft einen blutigen Ausgang nehmen und damit den Errungenschaften der Massen herabführen.

Von WTB liegen folgende Nachrichten vor:

Stuttgart. Um gegen die drückende Notlage der großen Masse des Volkes infolge der jüngsten Preissteigerung und gegen den Lebensmittelzucker im allgemeinen zu demonstrieren, hatten die vereinigten Gewerkschaften zu Kundgebungen in allen größeren Orten des Landes aufgerufen, die es U. S. P. D. dazu benutzt, um ihre Förderung der Diktatur des Proletariats aufs neue zu erheben. Während in Stuttgart die Kundgebungen ohne Auftösungen verliefen, kam es in Ulm und Ravensburg zu Zusammenstößen mit der Polizei bzw. Reichswehr. Bei dem Sturm auf das Rathaus gab es unter der Menge Tote und Verwundete. In Aalen bemächtigten sich radikale Elemente mit Gewalt des Waffendepots der Einwohnerwehr, das sie vollständig ausraubten. In Donauwörth und Crefeld ist es gleichfalls zu schweren Unruhen gekommen. Eine Anzahl Läden wurden geplündert. Am Abend versuchte die Menge das Gefängnis zu stürmen, wurde aber durch die Einwohnerwehr, die schließlich feuern mußte, abgewiesen. Mehrere Personen wurden verletzt.

In Crefeld zog nach einer Massenkundgebung der Mehrheitssozialisten, die sich gegen die Teuerung richtete, eine zügelige Menge zur Markthalle, die vollständig ausgeplündert wurde. Am Abend stürmte die Pöbel auch das Warenhaus Tieff. Sämtliche Fenster Scheiben wurden zertrümmert. Der gesamte Inhalt des Warenhauses aus alten Etagen wurde auf die Straße geschleudert. Die Schuhmannsfabrik in Crefeld war dem Treiben gegenüber machtlos. Bei den Zusammenstößen sind zahlreiche Personen verletzt worden.

Auch in Frankfurt a. M. haben sich ähnliche Krawalle ereignet.

Polnische Schredenherrschaft.

17 Männer erschossen!

Die Berliner „Freiheit“, der wir die Verantwortung für ihre Mitteilungen überlassen müssen, berichtet über einen neuen, wenn er sich bewahrheiten sollte, in der Tat heftigsten polnischen Gewaltakt: Am 25. Mai sollen in Thorn 17 unehrenwerte Sozialdemokraten aus Grausamkeit handikalisch erschossen worden sein. Über die Vorwürfe wird erzählt:

Am 18. April wurde der unabhängige Sozialdemokrat Polakowski, ein ruhiger, unbefestelter Arbeiter, von zwei polnischen Soldaten mit dem Seitengewehr erschossen. Sämtliche politischen Parteien nahmen an der Beerdigung teil. Nach der Beerdigung fand eine kleine Versammlung unter freiem Himmel statt, welche den Zweck hatte, eine Geldsammlung für die hinterbliebene Chefarzt und die sechs kleinen Kinder Polakowskis zu veranstalten. Tags darauf wurde der Gewerkschaftsführer Bauer wegen der Veranlassung dieser Versammlung verhaftet. Da sich die Arbeiterschaft diese Gewalttherrlichkeit nicht mehr gefallen lassen wollte, griff sie als Abwehrmittel zum Generalstreik, der durch ein Plakat angekündigt wurde, in dem die Entfernung des polnischen Militärs aus Graubenz verlangt wurde. In den nachfolgenden Tagen wurden nacheinander 17 führende Mitglieder der U. S. P. D. verhaftet und nach Thorn vor das Standgericht geschleppt, das das erwünschte Urteil füllte.

Zwei weitere verhaftete Führer sind nach Warschau gebracht und dort am 28. Mai zu je 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Großpolnische Pläne auf Ostpreußen.

Berlin. (S. 3.) Der „L.A.“ berichtet über einen zwischen Polen und der Ukraine abgeschlossenen Geheimvertrag, der einen Einfluß in die unerträgliche Landzerrituation der Polen verschafft. Die polnischen Machthaber wollen sich nicht nur auf die politischen Grenzen von 1772 beschränken und ein Polen von Riga bis Odessa schaffen, sondern in dem Vertrag wird offen ausgesprochen, daß man den Landraub auch auf Ostpreußen ausdehnen möchte. Da die Polen die separatistischen Vorgänge in Westdeutschland gut studiert haben, so denken sie sich den Plan der „Eroberung Ostpreußens“ so, daß sie nach Art der Dritten-Loslösungsbemühungen im Rheinland eine ähnliche Bewegung in Ostpreußen inszenieren wollen, um so „freiwilligen“ Anschluß Ostpreußens an Polen zu erzielen. (1) Der Geheimvertrag liegt über einen zwischen Polen und der Ukraine abgeschlossenen Geheimvertrag, der einen Einfluß in die unerträgliche Landzerrituation der Polen verschafft. Die polnischen Machthaber wollen sich nicht nur auf die politischen Grenzen von 1772 beschränken und ein Polen von Riga bis Odessa schaffen, sondern in dem Vertrag wird offen ausgesprochen, daß man den Landraub auch auf Ostpreußen ausdehnen möchte. Da die Polen die separatistischen Vorgänge in Westdeutschland gut studiert haben, so denken sie sich den Plan der „Eroberung Ostpreußens“ so, daß sie nach Art der Dritten-Loslösungsbemühungen im Rheinland eine ähnliche Bewegung in Ostpreußen inszenieren wollen, um so „freiwilligen“ Anschluß Ostpreußens an Polen zu erzielen. (1) Der Geheimvertrag liegt über den militärischen Pläne im augenblicklichen Kriege mit den Bolschewisten u. a.: Die Polen erstreben nur die Linie Odra-Dnjepr und wollen noch Homel und Rosatzki erobern. Auf die Eroberung von Witebsk wird verzichtet. Für die nächste Zukunft wird ein Vorstoß auf Homel beabsichtigt, um von dort die polnisch-litauische Armee aufzurollen. Mit Lettland werden Verhandlungen gepflogen, um eine großpolnische Föderation zu bilden, in die außer Polen die Ukraine auch Weißrussland, Lettland und Litauen aufgenommen werden sollen. Auf diese Weise soll der Plan Polakowskis, ein Polen von Riga bis Odessa zu schaffen, verwirklicht werden. Man rechnet in Polen stark damit, daß, falls die Zustände in Deutschland noch mehr zusitzen und unhalbar werden, Ostpreußen sich freiwillig diesem großpolnischen Föderativen Staat anschließen werde. Nach dieser Richtung hin werde eine intensive Propaganda in Ostpreußen betrieben. Eine Bestätigung dieser großpolnischen Pläne findet der „L.A.“, dem wir die Verantwortung für die Enthüllungen überlassen müssen, darin, daß der Berliner ukrainische Gesandte Dr. Porisch einem Interviewer der in Berlin erscheinenden russischen Zeitung „Wremja“ gegenüber auf die Frage, was mit den außerhalb der polnischen Grenzen von 1772 gelegenen Gebieten werden soll, ausschließlich antwortete:

Polnische Erpressung.

Berlin. (S. 3.) Die Reisenden, die den polnischen Korridor in den letzten drei Tagen passierten, erlebten, wie der „Volks-Anzeiger“ meldet, eine neue peinliche Überprüfung. Polnische Beamte eröffneten ihnen, daß sie für die Durchquerung des Korridors 100 polnische Mark und für die kurze Strecke von Dirszau bis zur deutschen Grenze 90 polnische Mark zahlen müssten. Diese neue unerhörte Besteuerung, die jeder rechtlichen Unterlage entbehrt, wurde verschärft durch die Erklärung, 100 polnische Mark seien gleich 100 deutsche Mark, d. h. die polnische Mark wurde mit einem fünfmal höheren Kurs angelebt, als sie in Wirklichkeit steht. Alle Proteste halfen nichts. Es spielten sich äußerst erregte Szenen ab, da die Polen denen, die den neuen Zoll nicht gutwillig zahlen wollten, die Weiterreise verweigerten. Selbst den Wagen der Internationalen Kommission versuchten die Polen zu besteuern. Diese neue Methode, in den Bevölkerungsmitteln in deutscher Mark zu gelangen, dürfte für den polnischen Staat recht einträglich sein.

Diese neue polnische Kulturtat bedeutet nichts anderes als das: Vor Ostpreußens Toren liegt eine Bande

Wegeleiter, die friedliche Reisende erschlägt. In multivierten Ländern erwacht man in solchen Unruhen durch Selbsthilfe. Die Polizisten des 20. Jahrhunderts war vor dem 9. November 1918 so weit, daß die neutrale Regierung in solchen Fällen ihre Bürger schützt.

Im übrigen macht der polnische Kaufmann an den Abstimmungen möglicherweise ein glänzendes Geschäft durch die Erpressung der Abstimmungsberechtigten in den Transportzügen.

Das wankende Kabinett.

Berlin. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat in ihrer Sitzung beschlossen, der von dem Abgeordneten Zehnbaum vorgebrachten Koalitionserklärung aus Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei gegenüber im neuen Reichstag nicht ein Vertrauensvotum zu verlängern, sondern Stimmenthaltung zu üben. Da diese Sitzungsnahme in direktem Widerspruch zu den Voraussetzungen steht, die die Deutsche demokratische Partei als unabdingbar notwendig für ihren Eintritt in das Kabinett Zehnbaum gestellt hat, ergibt sich eine ganz neue Situation, über die erst die kommenden Tage Klarheit bringen können.

Aus der demokratischen Fraktion wird zu der folgenden Erklärung abgegeben: Nachdem die demokratische Fraktion von der Sitzungsnahme der Sozialdemokraten Kenntnis erhalten hatte, trat sie zu einer Sitzung zusammen. Man war sich darüber klar, daß unter diesen Umständen eine Regierung, die vom Vertrauen der Mehrheit des Parlaments getragen, in Spät verhandelt hätte, auf der beabsichtigten Grundlage nicht gebildet werden könnte und man vor einer ganz neuen Situation stehe. Von diesem Beschuß wurde dem Parteiausschusse Kenntnis gegeben, der auch angesichts der neuen Situation das der Fraktion ausgesprochene Vertrauen ausdrücklich erneuerte.

Die Berliner Presse zur Kabinettbildung.

Berlin. (WZ) Der optimistische Ton in den Mitteilungen über Zehnbaums Fortschritte ist nach den Informationen des „Vorwärts“ nicht unberechtigt. Allerdings wird es, wie die „Völker-Zeitung“ meint, nicht möglich sein, bis zur Gründung des Reichstages die Kabinettbildung zu beenden. So sehr die Verlängerung der Krise zu bedauern sei, so gering wäre die praktische Bedeutung der Tatsache, daß der Reichstag noch ohne Regierung sich behelfen müsse. Zumal habe er mit sich selbst zu tun. Er müsse sich konstituieren und in der zweiten Sitzung sein Präsidium wählen.

Der „Volksanzeiger“ will aus Kreisen der Deutschen Volkspartei erfahren haben, daß die endgültigen Verhandlungen über die Entpolitisierung der Wirtschaft durchaus zufriedenstellend verlaufen seien. Es werde bestimmt damit gerechnet, daß das bürgerliche Kabinett der Mitte zustande komme.

Da durch das Verhalten der Linksumabhängigen die Kombination, in der die sozialistische Arbeiterschaft den stärksten Einfluß gehabt hätte, wie der „Vorwärts“ schreibt, aus dem Bereich der Möglichkeit ausgeschieden ist, da ferne die Wiederherstellung der alten Koalition, so föhrt das genannte Blatt weiter, gegenwärtig als unmöglich betrachtet wird und da fälschlich eine Regierung weder wünschenswert noch möglich sei, in der die äußerste Reaktion ausschlaggebenden Einfluß besitzt, sei tatsächlich nur noch eine Regierung der bürgerlichen Mitte möglich. Sie auf die Beine zu stellen, sei die Aufgabe der an ihr beteiligten Parteien, nicht der Sozialdemokratie. Diese werde es nicht unterlassen, den Werdegang der neuen Regierung zu fördern. Sie werde es unterlassen, der neuen Regierung ein Misstrauensvotum auszustellen, sofern ihre Zusammensetzung und ihr Programm dem entspreche, was bisher darüber bekannt ge worden sei.

Die Bedingungen der Abstimmungsfahrt.

Über die Erleichterungen, durch die tatsächlich jedem Abstimmungsberechtigten die Reise und damit die Erfüllung der höchsten vaterländischen Pflicht möglich gemacht wird, herrscht noch vielfach Unkenntnis.

Allgemeines.

Jeder hat freie Fahrt, Unterkunft und Verpflegung während der Abstimmungsreise bis zu zehn Tagen soweit er nicht bei Verwandten unterkommen kann. Er ist zugleich gegen Unfall auf der Reise und im Abstimmungsgebiet und gegen Verlust seines Reisegepäcks versichert.

Aufruf!

An die gesamte deutsche und masurische Bevölkerung des Kreises Johannisburg!

Die Polen und der mit ihnen zusammenarbeitende masurische Volksbund, (der nicht mit dem deutschen Masurenbund zu verwechseln ist), beabsichtigen in den nächsten Tagen in verschiedenen Ortschaften des Kreises öffentliche Versammlungen und sonstige Veranstaltungen abzuhalten.

Um Zusammenstöße und unliebsame Zwischenfälle von vornherein auszuschließen, raten die unterzeichneten politischen Parteien ihren Mitgliedern dringend, sich allen diesen polnischen Veranstaltungen grundsätzlich fernzuhalten.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Christliche Volkspartei.

Deutsche Volkspartei.

Sozialdemokratische Partei.

Deutschdemokratische Partei.

U. S. P. Deutschlands.

Der Masurenbund Kreisgruppe Johannisburg schließt sich dieser Erklärung an und weist nochmals auf die Verpflichtung der Mitglieder der Heimatvereine hin, von jeder polnischen Versammlung, also auch von den Veranstaltungen des polnisch-masurischen Volksbundes fernzubleiben.